

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



21. April: Demonstration am AKW Brokdorf Foto: Michaela Mügge / PubliXviewinG

Helfen wir den Stromkonzernen!

Eon & Co „drohen“, weitere Atomkraftwerke stillzulegen. Die Politik übersieht die Chance

Liebe Freundinnen und Freunde,

da fordern wir jahrelang, AKW abzuschalten – und was passiert? Die Energiekonzerne „drohen“ damit, genau das zu tun. Denn die Erneuerbaren sind so erfolgreich, dass der Strom aus den AKW immer öfter keinen guten Preis mehr erzielt. Erstmal jedoch legen die Konzerne reihenweise leicht regelbare Gaskraftwerke still – absurd, denn die sind als Sparringspartner der Erneuerbaren für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar. Eine Situation also, die geradezu danach schreit, durch politische Entscheidung die Rahmenbedingungen richtig zu setzen. Allein: Die Parteien verschlafen das Thema. Im Wahlkampf ist die Frage, wie man die AKW schneller abschaltet, so gut wie kein Thema. Dabei ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit dem lahmen Abschalttempo unzufrieden!

Geht es nach Union, FDP und SPD, wird Deutschland auch bei der nächsten Bundestagswahl 2017 noch der zweitgrößte Atomstromproduzent in der EU sein. In vier Jahren soll nur ein einziges der neun noch laufenden AKW vom Netz gehen – so steht es im Atomgesetz. Die Grünen wollen laut Wahlprogramm zwar die technischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des AKW-Betriebs verschärfen. Ob sie dies aber gegebenenfalls auch so konsequent verfolgen, dass am Ende tatsächlich AKW vom Netz gehen, ist zumindest zweifelhaft. Linkspartei und Piraten haben zwar weitgehendere atompolitische Positionen, doch das Thema spielt bei ihnen kaum eine Rolle (S. 7).

Gleich ganz rausgehalten aus dem Wahlkampf haben die Parteien den Atom-müll. Laut dem Endlagersuchgesetz, das sie kurz vor der Sommerpause noch

beschlossen haben, soll eine Kommission das Thema zwei Jahre lang bearbeiten. Die Betroffenen der Atommüll-Politik sind dazu nicht eingeladen (S. 4–6). Für uns AtomkraftgegnerInnen bleibt also jede Menge zu tun! *Das .ausgestrahlt-Team*

„Keine Chance, substantiell mitzureden“
Mediator Dieter Kostka über echte und falsche Bürgerbeteiligung, die Fehler beim Endlagersuchgesetz und die Gefahr der „Mitmachfalle“ **Seiten 5–6**

Ist Abschalten wählbar?
Fragen und Antworten zur Atompolitik bei der Bundestagswahl **Seite 7**

„Wir haben nur geklatscht“
Von Protest durch Beifall, mit einem alten Handy, zum richtigen Thema sowie links und rechts des Rheins **Seiten 14–15**

Den Parteien Beine machen!

Die Wahl lässt sich für den Ausstieg nutzen – vor allem jenseits der Wahlurne

MACH „AKW ABSCHALTEN“ ZUM WAHLKAMPFTHEMA

Alle reden vom „Atomausstieg“, tatsächlich passiert – nichts. Bis zur nächsten Bundestagswahl in vier Jahren muss, so hat es Merkel ins Atomgesetz geschrieben, nur ein einziges AKW vom Netz. Das ist nicht genug! Alle neun AKW können und müssen viel schneller abgeschaltet werden.

51 Prozent der Bevölkerung sind mit dem lahmen Abschalttempo unzufrieden. .ausgestrahlt ruft deshalb dazu auf, unsere Forderung „Mehr Tempo beim Atomausstieg!“ bei Wahlkampfveranstaltungen aller Parteien hochzuhalten – denn auch SPD, Grüne, Linke und Piraten werden sich ohne Druck von unten in dieser Frage kaum engagieren. Banner, Plakate, Unterschriftenlisten und Anti-Atom-Fahnen kannst Du auf

Seite 11 bestellen. Wenn möglich, schick ein Foto und einen Kurzbericht Deiner Aktion an info@ausgestrahlt.de, damit wir die Proteste dokumentieren können.

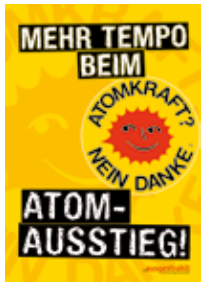
Auch ein kurzer Trickfilm von .ausgestrahlt nimmt den Bummel-Ausstieg aufs Korn. Du findest ihn demnächst auf www.ausgestrahlt.de

Foto: Kolja Burmester

NEUE REGIERUNG, NEUER PROTEST

Welche Parteien auch immer die nächste Regierung stellen: .ausgestrahlt wird die Koalitionsverhandlungen aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls auch kurzfristig zu Aktionen aufrufen. Wenn Du den E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt noch nicht bekommst, solltest Du ihn jetzt abonnieren:

www.ausgestrahlt.de/newsletter



Energiewende verteidigen

Überlassen wir den Atom- und Kohlekonzernen nicht das Feld

Strom aus Sonne, Wind und Biomasse macht Strom an der Börse so billig, dass andere Kraftwerke immer unrentabler werden. So unrentabel, dass selbst die Energiekonzerne schon öffentlich über die freiwillige Abschaltung ihrer AKW nachdenken. Besser kann's kaum kommen! Trotzdem beziehungsweise gerade deswegen mühen sich

die Konzerne nach Kräften, die Energiewende in Misskredit zu bringen. Ihre häufigsten Falschbehauptungen: Dass die Energiewende den Strom rar und unbezahlbar mache. Mit fünf verschiedenen Plakaten und drei Postkarten von .ausgestrahlt kannst Du diesen Lügen öffentlich entgegentreten; Bestellung auf Seite 11.



Auf die Straße!

7.9.: Demo und Fahrradsternfahrt zum AKW Grohnde

Protest, Informationen und Kultur am AKW Grohnde ab 15 Uhr. Übernachtungsmöglichkeit mit Sonntagsfrühstück im Camp beim AKW.

Fahrradsternfahrten aus vielen Orten (u.a. Braunschweig, Göttingen, Detmold, Minden, Rinteln und Gehrden), Start in manchen Fällen schon am Fr, 6.8.

www.grohnde-kampagne.de

8.9.: Demo zum AKW Biblis

„Für ein möglichst sicheres Standortlager. Für einen Rückbau mit Bürgerbeteiligung.“ Start um 14 Uhr am Bahnhof Biblis
akwende.blogspot.de

Keine Atomfabriken in Wohngebieten!

14.9.: Demo zur GNS-Atommüllfabrik in Duisburg

Start um 11.55 Uhr am Hauptbahnhof
www.antiatom-buendnis-niederrhein.de

14.9.: Sternmarsch und Umzingelung der Atomfabrik in Braunschweig-Thune

Sternmärsche ab BS-Thune, BS-Wenden, BS-Harxbüttel und Schwülper um 15 Uhr. Fahrraddemo ab den Schloss-Arcaden um 14.30 Uhr. Menschenkette von 16.00 bis 16.20 Uhr, anschließend Kundgebung.

www.atomalarm2013.de

14.9.: Internationale Demo in Metz gegen das AKW Cattenom

Start um 14 Uhr am Place de la République. Anreise mit BUND-Bus ab Saarbrücken Hbf um 12.30 Uhr.

www.cattenom-non-merci.de



22.9.: Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Hamburger Energieversorgung

E.on und Vattenfall, die Betreiber des AKW Brokdorf, verdienen nebenher viel Geld mit dem Strom-, Gas- und Fernwärmenetz in Hamburg. Parallel zur Bundestagswahl können die HamburgerInnen dafür sorgen, dass das nicht so bleibt.

www.unser-netz-hamburg.de

3.11.: Volksabstimmung über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung

Auch die BerlinerInnen können Vattenfall den Stecker ziehen und dem Atom- und Braunkohlekonzern das Berliner Stromnetz wieder wegnehmen.

www.berliner-energetisch.net

„Tschüss Vattenfall“-Aufkleber kannst Du kostenlos auf Seite 11 bestellen.



Die Plakate für die Demos in Grohnde und Duisburg sowie Flyer für die Demo in Braunschweig-Thune kannst Du online unter www.ausgestrahlt.de/shop bestellen.

Parteien einig*, Konflikt ungelöst

Beim „Endlagersuchgesetz“ gibt es keinen gesellschaftlichen Konsens

Eigentlich sollte alles ganz schnell gehen, als sich Bund und Länder im Herbst 2011 zusammensetzten, um ein Endlagersuchgesetz zu erarbeiten. Dann zogen sich die weitgehend intransparenten Verhandlungen allerdings 20 Monate hin. Nur weil die Bundestagswahl drängte, passierte das Gesetz schließlich Ende Juni doch den Bundestag.

finden lässt, wenn alle potenziell Betroffenen das Prozedere zur Bewältigung des Konflikts gemeinsam entwickelt haben und mittragen (siehe Interview Seite 5f.).

Eine Konfliktpartei bleibt außen vor

Der Atommüllkonflikt war immer einer zwischen Staat und Bevölkerung. Nun

quergestellt haben, dass laut dem Gesetz nun keine Castoren mehr nach Gorleben rollen dürfen. Und auch in seinen Details sieht das Gesetz an vielen Stellen weniger schlecht aus als Mitte 2012, als sich die Parteien schon fast einig waren. So gesehen hat die Anti-Atom-Bewegung eine Menge erreicht.

Das große Aber: Zwar wird es eine Kommission geben, die auch das Gesetz evaluieren soll. Ob der Bundestag deren Empfehlungen aber umsetzt, steht in den Sternen. Außerdem ist zu befürchten, dass die Zusammensetzung der Kommission am Ende doch wieder dazu führt, den Standort Gorleben zu zementieren. Denn um der Politik geologische Kriterien vorzuschlagen, die den maroden Salzstock dort ausschließen, bräuchte dies eine eher illusorische Zwei-Drittel-Mehrheit unter den 16 stimmberechtigten Kommissionsmitgliedern. Ob wirklich keine Castoren mehr ins Wendland rollen, ist alles andere als sicher. Denn die Stromkonzerne behalten sich eine Klage vor und haben damit keine schlechten Aussichten. Und der Atommüllberg wächst und wächst ...



.ausgestrahlt-Protest vor dem Bundestag am 28. Juni. Foto: Christina Palitzsch / PubliXviewing

So weit, so schlecht. Denn das Gesetz kann, und das wünschen sich manche in der Atomgemeinde, am Ende zum Gorleben-Durchsetzungsgesetz werden. Doch selbst, wenn nun tatsächlich eine ernsthafte Suche nach einem dauerhaften Lagerplatz für den Atommüll in Gang käme, ist mit dem jetzt festgelegten Verfahren kein Blumentopf zu gewinnen: Alle Fäden sollen bei einer allmächtigen neuen Behörde zusammenlaufen, Klagerechte wurden bis auf wenige Ausnahmen beschnitten, die Bürgerbeteiligung bleibt minimal. Und neun AKW und etliche Atomfabriken dürfen weiterhin jede Menge strahlenden Müll produzieren.

.ausgestrahlt, viele Anti-Atom-Initiativen und einige Umweltverbände hätten das Gesetz in dieser Form daher gerne verhindert. Unser Vorschlag war, zuerst (!) einen gesellschaftlichen Konsens über das Verfahren zu erarbeiten, bevor man daraus ein Gesetz macht. Denn wir sind überzeugt, dass sich bei einem so tiefgreifenden Konflikt wie der Atommüllfrage nur dann ein weithin akzeptierter Umgang

haben sich Bund und Länder auf ein Verfahren geeinigt, dabei aber die andere Konfliktpartei, nämlich die Bevölkerung, völlig außen vor gelassen. Deshalb ist dieses Gesetz kein Durchbruch und kein Neustart, sondern eine ziemliche vermurkste Angelegenheit.

Und trotzdem: Unsere intensive Begleitung der Verhandlungen über die ganzen 20 Monate, mit Protestaktionen, Pressearbeit und unzähligen Gesprächen mit PolitikerInnen, war nicht ganz umsonst. Wie immer, wenn die Anti-Atom-Bewegung etwas erreicht, ist es schwer zu sagen, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Wie immer fällt es uns nicht leicht, Erfolge zu feiern, müssen wir doch gleichzeitig aufzeigen, was noch alles im Argen liegt. Und das ist hier eine ganze Menge.

Aber gerade deshalb sei ausdrücklich erwähnt: Natürlich ist es großartig, dass das Bergwerk in Gorleben vorerst nicht weiter ausgebaut wird. Natürlich ist es ein riesiger Erfolg aller, die sich bei den Transporten ins Wendland jahrelang

Was ist der richtige Umgang mit der Kommission?

Wie weiter? Während wir diesen Rundbrief fertigstellen, diskutieren Initiativen und Verbände, ob es Sinn macht, die zwei Plätze zu besetzen, die in der Kommission für die Umweltbewegung und -verbände vorgesehen sind. Legitimiert dies ein schlechtes Verfahren? Oder erlaubt es, den Finger genau dort in die Wunde zu legen, wo die Auseinandersetzung in den nächsten zwei Jahren hauptsächlich geführt werden wird – nämlich in der Kommission? Kann man von außen mehr Druck machen, wenn man in der Kommission nicht mitredet? Oder ist es notwendig, innerhalb der Kommission das Schlimmste zu verhindern? Kann es eine Rollenverteilung zwischen „drinnen“ und „draußen“ geben? Einfache und eindeutige Antworten darauf, soviel ist sicher, gibt es nicht. Wir halten Dich auf dem Laufenden ...

Jochen Stay

*Die „Linke“ hat im Bundestag gegen das Gesetz gestimmt.

„Keine Chance, substantiell mitzureden“

Konfliktexperte Dieter Kostka über echte und falsche Bürgerbeteiligung, die Fehler beim Endlagersuchgesetz und wie man mitredet, ohne in die „Mitmachfalle“ zu tappen

Herr Kostka, fünf Parteien im Bundestag haben sich nach langem Hin und Her auf ein Endlagersuchgesetz geeinigt und preisen das als „Neustart“ in der Endlagerfrage. Ist es das?

DIETER KOSTKA: Ja und nein. Es ist ein Fortschritt gegenüber dem, was man in der Vergangenheit hatte, aber es wird nicht reichen.

Sie haben im Juni, zusammen mit rund 80 MediatorInnen und Konfliktexperten, in einem offenen Brief an Umweltminister Altmaier und die Politik gefordert, das Gesetz noch nicht zu verabschieden. Warum?

Weil die direkt Betroffenen und die Atomkraftgegner bei dem Verfahren eigentlich keine echte, praktische Chance hatten, substantiell mitzureden. Das ging den normalen parlamentarischen Gang, der ja nichts Besonderes, sondern selbstverständlich ist, mit seinen bekannten Stärken und Schwächen.

■ *Ist das so schlimm?*

Das hat was mit Vertrauen zu tun. Wenn man sagt, wir wollen einen Neustart machen mit großangelegter Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung, und dann aber trotzdem in dem Fahrwasser bleibt, das es immer schon gab, dann nährt das den Verdacht, dass das entweder doch nicht so ernst gemeint ist, oder es immer noch an professioneller Konfliktbearbeitungskompetenz mangelt. Vielleicht hätten die Politiker, die das Gesetz ausgehandelt haben, vorher mal jemanden fragen sollen, der sich damit auskennt ...

■ *Was wäre aus Ihrer Sicht denn wichtig?*
Dass man sich zunächst einmal vorab darüber verständigt, wer mit wem auf welche Weise worüber reden will. Und nicht von vorneherein schon Ergebnisse vorwegnimmt, indem man etwa sagt, wir wollen nur über einen Standort für ein Endlager reden. Ein Konsens über die Problembeschreibung, das ist schon mal die halbe Miete. Darauf aufbauend kann man

dann einen weitreichenden Bürgerdialog entwerfen. Das ist aufwändig. Aber es lohnt sich, weil man sich gleich Gedanken um die Probleme macht, die einem sonst hinterher um die Ohren fliegen.

Union und Grüne, SPD und FDP klopfen sich gegenseitig auf die Schultern, weil sie sich über die Fraktionsgrenzen hinweg auf ein Gesetz geeinigt haben und damit auf die Grundzüge eines Verfahrens, wie sie einen Standort für ein Atommüllendlager finden wollen. Ist dieser Parteienkonsens allein denn nichts wert?

Das ist zweischneidig. Dass man nun endlich mal gemeinsam ein Verfahren überlegt hat, wie man zu einer Standortentscheidung kommen will, ist erst mal gut. Das ist aber kein Grund, mächtig stolz zu sein, sondern war überfällig. Denn dass das unerlässlich ist, sagt schon der gesunde Menschenverstand, und nicht erst seit heute. Leider hat man sich nicht mit allen, die da mit dabei sein müssten, auf ein Verfahren geeinigt. Wenn man ein so langfristiges Problem wie den Atommüll angehen will, braucht man breite Akzeptanz für das Vorgehen, und zwar weit über das Parlament und die Parteien hinaus.

■ *Wer müsste denn alles mitreden?*

Eigentlich alle, die von dem Problem potenziell betroffen sind. Bei einem Thema wie Atommüll ist das natürlich fast jeder, und das ist praktisch kaum zu bewerkstelligen. Da muss man sich was überlegen,

wie man das praktikabel machen kann, ohne dass sich jemand übergangen fühlt. Methoden gibt es.

Atommüll ist hochgefährlich, auf Hunderttausende von Jahren.

Selbst Experten räumen ein: Einen hundertprozentig sicheren Ort dafür gibt es vermutlich gar nicht. Also wird doch auch weiterhin keiner den Müll in seiner Nähe haben wollen – Beteiligung hin, Beteiligung her. Oder?

Begeistert wird niemand sein. Aber es ist die Frage, wie verantwortungsvoll man mit diesem Problem umgeht. Und wie viel Zutrauen, Vertrauen und Kontrollmöglichkeiten diejenigen, in deren Nähe der Müll am Ende lagern soll, haben gegenüber denen, die den Standort suchen und das Lager planen, bauen und betreiben.

Der von der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingesetzte Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte („AK End“) hat 2002 vorgeschlagen, vor Beginn der Standortsuche erst einmal eine zweijährige gesellschaftliche Debatte über das richtige Such- und Auswahlverfahren durchzuführen. Warum?

Erstens sind die Auswirkungen eines Atommüllendlagers so vielfältig und so schwer abzusehen, dass selbst Experten sich nicht sicher sein können, dass sie alles bedacht haben. Man muss sich also Zeit nehmen, alle Vorschläge zu prüfen, zu ergänzen und zu korrigieren. Zweitens wird es bei diesem Thema wahrscheinlich gar keine Ideallösung geben. Umso wichtiger ist, dass die Lösung, die man am Ende findet, auch von allen getragen und akzeptiert wird. Wenn es Probleme und Konflikte gibt, muss man die Diskussionen darüber sowieso führen; und es ist immer besser, das dann gleich zu tun. Das braucht Zeit. Zwei Jahre halte ich da sogar eher für ehrgeizig.

Auch CDU-Bundesumweltminister Altmaier und die Grünen legten Wert darauf, die Bevölkerung zu beteiligen an dem Gesetz – mit einem 3-tägigen

Dr. Dieter Kostka, 53, Diplom-Verwaltungswissenschaftler, ist Vorstandsmitglied des Fördervereins Mediation im öffentlichen Bereich (FMöB) e.V. (www.umweltmediation.info). 2002 war er für den AK End an einem Gutachten zum Thema „Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Standortauswahl für die Endlagerung radioaktiver Abfälle“ beteiligt. Dieses Interview gibt seine persönliche fachliche Meinung wieder.



Foto: privat

Bürgerdialog in Berlin, wo jeder kommen und kurz reden durfte, während das Gesetz selbst im Parlament schon so gut wie fertig auf dem Tisch lag.

Ich will da keine böse Absicht unterstellen, aber man kann Bürgerbeteiligung und Konfliktverfahren auch so einfädeln, dass sie praktisch nicht gut funktionieren können – das ist dann Bürgerverschaukelung auf hohem Niveau. Für Ottonormalverbraucher ist so eine Veranstaltung für die Katz. Die Vorstellung, man könne bei so einem Thema die Bürgerbeteiligung einfach in ein paar Tagen übers Knie brechen, halte ich für verfehlt. Entweder richtig oder gar nicht; alles andere ist vergeudeter Aufwand auf allen Seiten!

Nun soll eine 33-köpfige Kommission zwei Jahre lang über die vielen offenen Fragen der Atomülllagerung und der Standortsuche diskutieren; der Bundestag darf danach entscheiden, ob er ihre Empfehlungen aufgreift oder nicht. Nur eine weitere Scheindebatte oder doch auch eine Chance?

Das wird sehr darauf ankommen, was für Personen da drinsitzen. Die Kommission soll ja gegebenenfalls sogar Vorschläge erarbeiten, das Gesetz selbst nochmal zu modifizieren. Ich denke jedenfalls, dass in dieser Kommission ganz wichtige Weichen-

Anzeigen



**energy transition?
...energy turnaround?**

Foto: Carthago City Aulendorf, 1.1 MW

**the world speaks of the german
"energiewende"!**

Die Welt redet über die deutsche "Energiewende", wir machen die schon seit 10 Jahren - wann machen Sie mit? 2013 realisieren wir weitere Solarprojekte. Interessiert? Fordern Sie Infos an:

OBERSCHWABEN SOLAR
Sinnvoll investieren

Tel. 0751/97719770 Fax 0751/97719772
www.oberschwaben-solar.de
info@oberschwaben-solar.de

stellungen passieren werden, die man dann bei Fehlern hinterher in einer noch so gut gemeinten und umfangreichen Bürgerbeteiligung nicht mehr eingefangen kriegt. Dort kann es dann nur noch um Details gehen. Die grundlegenden Fragen werden jetzt in der Kommission diskutiert werden, dazu soll noch ein neues Bundesamt gegründet werden. Da kann man entweder die Weichen für eine wirklich tragfähige Lösung stellen oder das Kind in den Brunnen fallen lassen.

Was sind denn Bedingungen dafür, dass es nicht in den Brunnen fällt?

Die deutliche Mehrheit der Kommissionsmitglieder muss ehrlichen Herzens eine Lösung jenseits von Partei-, Wirtschafts- und Partikularinteressen finden wollen. Ich würde allerdings mal unken, dass die Parteien im Bundestag genau das im Zweifel eher nicht wollen – und jeweils doch Leute reinsetzen, die nur ihre Interessen vertreten.

Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen haben die falschen Entscheidungen der Politik, etwa den Standort Gorleben, heftig kritisiert und stets eine öffentliche Debatte zur Atommüllfrage mit breiter Beteiligung gefordert. Nun wollen Bundestag und Bundesrat zwei VertreterInnen von Umweltverbänden in die Kommission entsenden. Tappt, wer sich darauf einlässt, jetzt in die berühmte „Mitmachfalle“?

Schwierige Frage. Ich bin als Mediator grundsätzlich ja fast immer für Verhandlungen. Aber die Mitmachfalle kann in der Tat zuschnappen, wenn man sich durch Verhandlungen anderer Mittel entledigt. Es käme also darauf an, sich auf Verhandlungen einzulassen, zugleich aber sein Druckpotenzial aufrecht zu erhalten.

Und wie geht das am besten?

Das weiß ich aus dem Stand heraus auch nicht. Aber man muss für sich genau überlegen: Bleibe ich nach wie vor in der Lage, Druck zu machen? Gerade auch im Hinblick auf das Mobilisierungspotenzial bei Dritten. Zum andern sollte man den Gesprächspartner im Vorhinein relativ penetrant löffeln, was er sich von diesen Gesprächen verspricht, wie er sich die genau vorstellt, und was passieren würde, wenn nichts dabei herauskäme. Und erst dann entscheiden, ob man sich darauf einlässt. Fundamentalopposition finde ich persönlich nicht so toll, es kann aber 'ne taktische Option sein, die legitim ist. Und vielleicht braucht es auch ein Konglomerat von Radikaleren und Verhandlungsbereiteren – sofern die sich nicht auseinanderdividieren lassen.

Das ungelöste Atommüllproblem ist eines der offensichtlichsten und für viele ein ganz wesentliches Argument gegen Atomkraft. Wenn die Kommission sich nun dieses Problems annimmt und womöglich am Ende auch noch einen brauchbaren Vorschlag entwickelt: Räumt das nicht gerade das Feld frei für die nächste Laufzeitverlängerungsdebatte?

Ich befürchte, dass in dem Fall tatsächlich über kurz oder lang einer kommen und sagen wird: „Wunderbar, dann können wir ja nun vorläufig weiteren Atommüll produzieren.“ Trotzdem wäre die Lösung des Endlagerproblems ein wichtiger Fortschritt.

Das bedeutet doch aber: Die Diskussion darf sich nicht nur um den Atommüll drehen, sondern muss das ganze Problem im Fokus behalten.

Genau. Und es wird darauf ankommen, wie vehement das thematisiert wird.

■ Interview: Armin Simon



DIE Druckerei für Recyclingpapier

recycling-flyer

www.recyclingflyer.de

Ist Abschalten wählbar?

Wer brachte und bringt die meisten AKW am schnellsten vom Netz? Ein Überblick

In den letzten Wochen erreichen uns im .ausgestrahl-Büro immer wieder Anfragen, ob sich ein Kreuz bei der Bundestagswahl günstig auf die Atompolitik auswirken kann und wenn ja, bei welcher Partei. Darauf gibt es keine einfache Antwort. Manche halten Wahlen insgesamt für überbewertet und setzen voll auf außerparlamentarischen Protest. Andere hoffen, mit ihrer Stimme für Mehrheiten zu sorgen, die zumindest eine Chance auf eine bessere Politik eröffnen. Aber selbst dann kommt es für eine Antwort auf die genaue Frage an:

Welche Parteien haben in der Vergangenheit die meisten AKW stillgelegt?

Das waren Union und FDP. Aber kommt es in der nächsten Legislaturperiode nicht zum nächsten Super-GAU – und wir hoffen, dass es nicht dazu kommt – dann wird sich das nicht wiederholen. Noch halten die weiterhin vorhandenen Atom-Fans in CDU, CSU und FDP still. Das kann sich aber je nach Entwicklung der Energiewende-Debatte auch schnell ändern. Eine neue Debatte über Laufzeitverlängerungen ist also nicht ausgeschlossen.

Welche Parteien haben die deutlichsten atompolitischen Forderungen im Wahlprogramm?

Das sind die Linke und die Piraten. „Atomkraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden“, schreibt die Linke – wobei, typischer Wahlprogramm-Trick, nicht dabei steht, wie viele denn: Es fehlt ein „alle“ oder „die“. Die Piraten wollen einen Ausstieg innerhalb von drei Jahren. Aber bei den Piraten ist noch offen, ob sie überhaupt in den Bundestag einziehen, die Linke wird aller Wahrscheinlichkeit nach jedenfalls nicht der nächsten Bundesregierung angehören. Und selbst wenn, gibt es für beide Parteien wichtigere

Themen, die sie in Koalitionsverhandlungen durchsetzen wollen, als den Atomausstieg.

Welche Partei steht für atompolitischen Stillstand?

Das Wahlprogramm der SPD liest sich, als gäbe es hierzulande gar keine laufenden AKW mehr. Es verspricht zwar den Abriss der abgeschalteten Meiler, den internationalen Atomausstieg, einen Exportstopp für Atomtechnologie und eine Endlagersuche mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung. Um die Kosten für die Sanierung der Atommüllkippe Asse II zu finanzieren, will die SPD sogar die Brennelementesteuer erhöhen. Ansonsten aber



Lassen wir uns nicht zum Narren halten! Foto: Bente Stachowske

schreibt sie lediglich: „Wir werden an den Atomausstiegsbeschlüssen in Deutschland festhalten.“ Das bedeutet: Weiterbetrieb der AKW bis 2022.

Welche Partei mit Regierungsperspektive möchte einen schnelleren Atomausstieg?

Sicher kann man sich da nicht mal bei den Grünen sein. Die haben zwar – nicht zuletzt aufgrund der Forderungen von AtomkraftgegnerInnen – eine ganze Reihe von atomkritischen Punkten in ihr Wahlprogramm aufgenommen, nachdem in ersten Entwürfen dazu fast nichts stand. Die Abschalt-Jahreszahlen für die einzelnen AKW, die im Atomgesetz fest-

geschrieben sind, wollen jedoch auch sie nicht ändern. Stattdessen wollen sie lediglich die ökonomischen und sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen verschärfen – in der Hoffnung, dass die Stromkonzerne ihre AKW dann selbst schneller abschalten. Das wäre zwar, wenn es ernsthaft betrieben würde, durchaus ein gangbarer Weg. Eine deutlich höhere Brennelementesteuer etwa – die, siehe oben, auch im SPD-Wahlprogramm steht –, könnte, wenn die Preise an der Strombörse und damit die Gewinnmargen für Atomstrom weiter so niedrig bleiben, tatsächlich dazu führen, dass der eine oder andere Reaktor nicht mehr rentabel ist und deshalb abge-

schaltet wird. Bleibt es allerdings bei symbolischen Einschnitten, dann wird deswegen kein AKW früher vom Netz gehen. Ähnlich verhält es sich mit den Sicherheitsbestimmungen – mit dem Unterschied, dass hier viel wirkungslose Symbolpolitik möglich ist: Sieht gut aus, macht aber kurzfristig keinen wesentlichen Unterschied.

Es kommt also gerade bei einer grünen Regierungsbeteiligung vor allem auf die Koalitionsverhandlungen an. Grüne reden

im Wahlkampf viel über den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und über das Strommarktdesign (was unbestritten wichtige Themen sind), aber so gut wie gar nicht über einen schnelleren Atomausstieg. Angesichts der Unwilligkeit mancher Spitzengrüner, überhaupt ein Kapitel zum schnelleren Ausstieg ins Wahlprogramm aufzunehmen, lässt das nichts Gutes ahnen.

Etwas bewegen wird sich nur, wenn es einen klaren politischen Willen gibt, AKW tatsächlich schneller abzuschalten. Diesen Willen werden alle Parteien nur dann entwickeln, wenn die Anti-Atom-Bewegung für den entsprechenden gesellschaftlichen Druck sorgt. *Jochen Stay*

Straße, Presse, Kirchentag

Wie .ausgestrahlt das Atomkraftrisiko sichtbar macht und im Bewusstsein hält und selbst die Grünen erst noch dazu bringen muss, einen schnelleren Ausstieg zu fordern

•• APRIL ••

Demonstrationen in Brokdorf und Grafenrheinfeld

Kurz vor dem 27. Jahrestag des Super-GAU von Tschernobyl gehen rund 4.000 Menschen gegen Atomkraft auf die Straße. Bei einer Protest- und Kulturmeile am AKW Brokdorf fordern 1.500, den Meiler endlich abzuschalten. Aus vier Richtungen brechen,



21. April: Demo beim AKW Brokdorf Foto: Andreas Conradt / PubliXviewinG

Turnschuhe für die Grünen

Kein Wort über einen schnelleren Atomausstieg wollen die Grünen in ihrem Wahlprogramm zunächst verlieren. Das hätte die Chance für ein zügigeres Abschalten der AKW selbst im Falle einer grünen Regierungsbeteiligung praktisch auf Null gedrückt. „Grüne, zieht die Turnschuhe wieder an“, fordert .ausgestrahlt – unter anderem mit einer Aktion beim Bundesparteitag am 26. April und einer großen taz-Anzeige. Am Ende muss die Parteispitze dem Druck der Bewegung nachgeben und sich zumindest im Wahlprogramm zu einem schnelleren Ausstieg bekennen. Damit dieser Vorsatz bei eventuellen Koalitionsverhandlungen nicht ins Vergessen gerät, bedarf es allerdings sicher weiteren Drucks. .ausgestrahlt bleibt dran ...



zum Teil schon am Vortag, Fahrrad- und MotorradfahrerInnen zur Demo auf. In Grafenrheinfeld ziehen etwa 2.500 Menschen in zwei Demonstrationszügen in Richtung AKW. .ausgestrahlt hat die Proteste mit organisiert und unterstützt.



Atomkraft abwerfen in Grafenrheinfeld Foto: Stefan Diefenbach-Trommer



21. April: Demo beim AKW Grafenrheinfeld Foto: Stefan Diefenbach-Trommer

Ballspiel mit Genossen

Auch beim SPD-Parteitag am 14. April in Augsburg zeigt .ausgestrahlt Präsenz. Wie viele der SPD-AnhängerInnen sind, einer repräsentativen Umfrage zufolge, mit dem lahmen Abschalttempo unzufrieden?, lautet die Frage an die Delegierten. Immerhin die Hälfte tippt richtig: 60 Prozent. Warum dazu dann nichts im Wahlprogramm steht, weiß allerdings niemand so recht.



SPD-Delegierte schätzen, wie viele SPD-AnhängerInnen das derzeitige Abschalttempo ↑ für zu lahm halten Foto: Stefan Diefenbach-Trommer

← .ausgestrahlt-Protest mit Turnschuhen beim Grünen-Bundesparteitag in Berlin Foto: Christina Palitzsch / PubliXviewinG

MAI

.ausgestrahlt entfacht neue MOX-Debatte

Nach der Beinahe-Katastrophe in Hamburg durch den Brand eines Frachters mit hochgiftigem und radioaktivem Uranhexafluorid fordert .ausgestrahlt ein Verbot der gefährlichen Atomtransporte – und macht einen noch gefährlicheren öffentlich: Nur wenige Tage später sollen MOX-Brennelemente für das AKW Brokdorf, die mehrere hundert Kilogramm Plutonium enthalten, mitten durch Hamburg rollen. Die umstrittenen Brennstäbe, die auch während und nach ihrem Einsatz im Reaktor besonders gefährlich sind, sorgen daraufhin norddeutschlandweit für Schlagzeilen und politische Debatten. Mehr als 4.000 Menschen unterstützen inzwischen mit ihrer Unterschrift die .ausgestrahlt-Forderung, Produktion, Transport und Einsatz von Plutonium in AKW zu stoppen. Eine neue Argumente-Broschüre, die im September erscheinen wird, fasst Fragen und Antworten zum Thema MOX zusammen; Du kannst Sie demnächst auf www.ausgestrahlt.de/shop bestellen.

Trickfilm zu Atomgefahren und katastrophalem Schutz

Mit einem dreieinhalbminütigen Trickfilm ruft .ausgestrahlt in Erinnerung, dass die Gefahr aus den AKW allen Ausstiegsbeschlüssen zum Trotz noch immer nicht gebannt ist. „Das bisschen Atomkraft“ zeigt daneben auch, wie machtlos der Katastrophenschutz bei einem schweren Atomunfall tatsächlich ist. Angucken und weiterverbreiten: www.ausgestrahlt.de/katastrophenschutz

JUNI

Bundesweite Katastrophenschutz-Aktionstage

Die Folgen eines schweren Atomunfalls führen Atomkraftgegner vom 8. bis 15. Juni bundesweit mit vielfältigen Aktionen vor Augen: Messtrupps ziehen mit piepsenden „Geigerzählern“ über den Gemüsemarkt, HelferInnen in Schutzanzügen verteilen „Jodtabletten“ und sperren „kontaminierte“ Zonen ab. .ausgestrahlt hat zu den Katastrophenschutz-Aktionstagen aufgerufen und Aktionsideen wie -materialien zur Verfügung gestellt.

www.ausgestrahlt.de/katastrophenschutz

JULI

Karawane gegen das AKW Brokdorf

Mit einem Protestmarsch vom AKW Brokdorf bis Hamburg machen AtomkraftgegnerInnen vom 20. bis 27. Juli auf die Krebsgefahr durch die radioaktiven Emissionen des Reaktors aufmerksam. Besonderes Aufsehen erregt die wandernde Mehrtagesdemonstration mit einem Krankenbett, das sie mit sich führt. Unterwegs gibt es Kundgebungen und Vorträge, die regionale Presse berichtet. Eine Studie im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz hat 2007 nachgewiesen, dass das Risiko für Kinder, an Krebs zu erkranken, im Umkreis von AKW signifikant höher ist als anderswo. .ausgestrahlt hat die Aktion mit der Anti-Atom-Initiative Pinneberg, der Initiative „Brokdorf-akut“ und der Göttinger Anti-Atom-Initiative organisiert. www.ausgestrahlt.de/brokdorf



Ausschnitt: Hamburger Abendblatt, 21. Mai

Abschalt-Tipps auf dem Kirchentag

Viel Zustimmung erntet .ausgestrahlt auf dem evangelischen Kirchentag in Hamburg für die Forderung „Mehr Tempo beim Atomausstieg!“ Bundesweit geht 51 Prozent der Bevölkerung das Abschalten nicht schnell genug (Emnid-Umfrage im Januar 2013), unter den KirchentagsbesucherInnen Anfang Mai sind es etwa 90 Prozent. .ausgestrahlt erklärt am Infostand auf Plakaten und in unzähligen Gesprächen, was jede/r einzelne tun kann.

Fotoausstellung „Was wäre, wenn ...“ weiter auf Tour

Die .ausgestrahlt-Wanderausstellung, die die Gefahren eines schweren Unfalls im AKW Brokdorf vor Augen führt, macht in Geesthacht, später in Niebüll, Hamburg-Bergedorf und Vetschau Station. Im September ist sie in Hermannsburg (31.8.–8.9., Ex-„Schlecker“) und Itzehoe (9.9.–26.10., Stadtbücherei) zu sehen. www.ausgestrahlt.de/brokdorf



Katastrophenschutz-Aktion des „Bündnis gegen Atomkraft Leipzig“ am 11. Juni
Foto: Christoph Hedtke



Foto: Tobias Langguth

Gesetz, Boykott, Export

.ausgestrahlt-Aktionen und -Proteste gegen das schlechte Endlagersuchgesetz

Über Monate streitet .ausgestrahlt mit öffentlichen Aktionen und hinter den Kulissen dafür, die Lösung des Atommüllproblems nicht Parteipolitikern und ihren taktischen Überlegungen zu überlassen, sondern zunächst im gesellschaftlichen Konsens ein Verfahren zu entwickeln, wie dieses immense Problem angegangen werden soll. Gleichzeitig machen wir Druck, um zumindest die übelsten Passagen aus dem von den Parteien geplanten Endlagersuchgesetz zu tilgen.

24 Stunden, bevor sich die Vertreter von Bund und Ländern am 9. April in Berlin zum **Atommüll-Gipfel** treffen, startet .ausgestrahlt eine **Twitter-Aktion an Bundesumweltminister Peter Altmaier**. Der will eine Endlagerkommission einsetzen, die diskutieren soll, während das Verfahren zur Endlagersuche schon im Gesetz steht. Falsche Reihenfolge, findet .ausgestrahlt. „Erst kochen, dann essen“, „Erst die Hose, dann die Schuhe“, twittern Atomkraftgegner an den Minister, und natürlich: „Erst die Kommission, dann das Gesetz!“ Auch physisch zeigen die AtomkraftgegnerInnen vor der Landesvertretung Niedersachsen in Berlin, dem Verhandlungsort, Präsenz.

Zehn Tage später, am 19. April, konfrontiert .ausgestrahlt den niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil und seinen Umweltminister Stefan Wenzel bei ihrem Besuch im wendländischen Lüchow mit ihren **Versprechen zur Endlagersuche** – und dem, was tatsächlich im Gesetzesentwurf steht. Die ernüchternde Bilanz: Keines der Versprechen kann das Gesetz halten.

Das von Altmaier großspurig als „Bürgerbeteiligung“ angepriesene „Forum Standortauswahlgesetz“ Ende Mai entlarvt .ausgestrahlt als das, was es ist: eine **„Beteiligungs-Farce“** (siehe auch Interview Seite 5f.). Denn das Gesetz, um das es geht, ist bereits in den Bundestag eingebracht; das Verfahren zur Endlagersuche an sich steht gar nicht zur Debatte. Kein Wunder, dass mehr als 140 Bürgerinitiativen aus dem Anti-Atom-Bereich und Umweltverbände die Alibi-Veranstaltung boykottieren, darunter die Initiativen aller 17 Standorte in Deutschland, an denen bereits größere Mengen hochradioaktiven Atommülls lagern.

Vor dem Bundestag, der das zumindest in einigen Details verbesserte Gesetz am 28. Juni allen Protesten zum Trotz verabschiedet, macht .ausgestrahlt mit einem **Berg aus Atommüllfässern** deutlich: „Politik einig – Konflikt ungelöst“.

Unmittelbar vor der Parlamentssitzung wird das Gesetz abermals geändert. Unbemerkt von vielen enthält es nun ein Schlupfloch, das den **Export von Atommüll** unter bestimmten Umständen weiterhin zulässt – obwohl PolitikerInnen aller Parteien eben dies stets wortgewaltig ablehnen. .ausgestrahlt sammelt binnen weniger Tage 5.000 Unterschriften gegen diesen Trick und fordert den Bundesrat auf, das Gesetz zurückzuweisen – leider vergeblich. www.ausgestrahlt.de/endlagersuchgesetz



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing



Präsentation: Jacob Fricke



Foto: Christiane Knoppe



Foto: Christina Palitzsch / PubliXviewing

.ausgestrahlt bietet Dir Material für Dein Engagement gegen Atomkraft an. Bestellung mit diesem Zettel (bitte unbedingt auf der Rückseite Deine Adresse eintragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Zusätzlich zu den Materialkosten fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

ZAHLEN ÜBERZEUGEN

1 Plakat „Von 9 AKW will Merkel in 4 Jahren nur 1 abschalten“ DIN A2 – kostenlos K247



2 Plakat „Genug Strom auch ohne Atom“ DIN A2 – kostenlos K248

3 Plakat „21 Gaskraftwerke stillgelegt, 9 AKW noch immer am Netz“ DIN A2 – kostenlos K249

ENERGIEWENDE

HAUPTSACHE, DER STROM IST BILLIG? →

Plakat A3 – kostenlos K163

Postkarte A6 – kostenlos K164

DIESER STROMPREIS IST ZU HOCH. →

Plakat A3 – kostenlos K165

Postkarte A6 – kostenlos K166

SOLLEN UNSERE KINDER DIE STROMRECHUNG ZAHLEN? →

Plakat A3 – kostenlos K167

Postkarte A6 – kostenlos K168



FLUGBLATT „DIE SCHAUERMÄRCHEN DER ATOMLOBBY“

Dieser Flyer nimmt die populären Behauptungen der Atomlobby unter die Lupe, stellt sie Fakten gegenüber und räumt auf mit den Schauermärchen.

Flugblatt – kostenlos K114.1

MEHR TEMPO BEIM ATOMAUSSTIEG



Transparent „Mehr Tempo beim Atomausstieg!“
wetterfester Stoff, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben und mit Ösen an den Ecken zum Befestigen, 3 x 0,9 m – 40 Euro S054

Plakat „Mehr Tempo beim Atomausstieg!“
DIN A2 – kostenlos S055

Unterschriftenliste
„Mehr Tempo beim Atomausstieg!“ Sammle Stimmen für einen schnelleren Atomausstieg!
– kostenlos K230

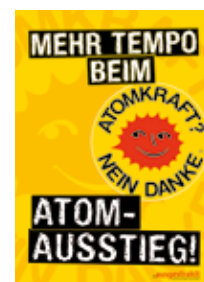
Aufkleber „Ich will's sofort“
rund, aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend),
ø 11 cm – 75 Cent S53

Aufkleber „Ich will's schneller“
rund, aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend),
ø 11 cm – 75 Cent S52

Plakat „Grüne, zieht die Turnschuhe wieder an!“
DIN A2 – kostenlos K243

Anti-Atom-Fahne

90 x 60 cm, aus wetterfestem Fahnenstoff mit abgenähtem Tunnel zum Einstecken einen Fahnestange – 7 Euro S003



TSCHÜSS VATTENFALL

Aufkleber groß 15 x 10 cm, aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend) – kostenlos K250

Aufkleber klein, 6 Aufkleber auf einem Bogen, Maße pro Aufkleber: 6 x 4 cm, aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend) – kostenlos K251

GORLEBEN SOLL LEBEN!

FAKTEN ZU GORLEBEN AUF DREI INFOPLAKATEN

„Gorleben: Geologie des Salzstocks“



„Gorleben: Mit Tricks und Lügen ein Endlager durchdrücken“



„Gorleben: Vielfalt des Widerstandes“

Gorleben-Ausstellung, Set aus 3 Plakaten
in A0 (80x120cm) - 15 Euro K209

Plakat zur Endlagersuche
DIN A2 – kostenlos K154



BÜCHER UND SPIELE

Buch „Das japanische Desaster“

Johannes Hano war in Japan, als Erdbeben, Tsunami und die Reaktorkatastrophe von Fukushima das Land trafen, und hat rund um die Uhr für das ZDF berichtet. Er schildert die dramatischen ersten Tage, beleuchtet die Hintergründe der Katastrophe und beschreibt die zu erwartenden Folgen. Ein erschütternder Bericht über eines der prägendsten Ereignisse des 21. Jahrhunderts. 178 Seiten, Verlag Herder – 14,95 Euro L004



Buch „Noch lange danach“

Der neue Jugendroman der Bestseller-Autorin Gudrun Pausewang. Eine Atomkatastrophe in Deutschland? Bis zu dem Tag, als es wirklich passiert, ist das für viele unvorstellbar. Das Mädchen Vida lebt 40 Jahre nach dem GAU. 121 Seiten, Ravensburger – 9,99 Euro L003

Das AKW-Quartett

Neuaufgabe, Stand April 2013. Kämpfe mit 32 nationalen AKW gegen Deine Freunde um die besten Werte bei Betriebsbeginn, Bruttoleistung, Energieerzeugung, Störfällen und Abschaltung. 9 der 32 Reaktoren sind noch immer in Betrieb – 9,99 Euro B020



.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

Rundbriefe – kostenlos B008



Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: | | | | | _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schick mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Datum, Unterschrift: _____

*Unterschrift
nicht vergessen*

Atomkraft in Indien

In Jaitapur soll das größte AKW der Welt entstehen – Kristallisationspunkt für die Anti-Atom-Bewegung

Atomenergie ist in Indien Staatsräson. Sie gilt als Ausdruck von „Entwicklung“ und soll die Energiearmut beseitigen helfen. Premierminister Singh möchte die AKW-Kapazitäten von 4,78 Gigawatt 2009 auf 470 Gigawatt im Jahr 2050 verhundertfachen. Dafür sollen mehrere Mega-AKW-Parks entstehen. Protesten begegnet die Regierung mit massiven Repressionen.

Neben den Anti-Atom-Netzwerken auf nationaler Ebene gibt es zwei lokale Hochburgen des Widerstands: In Kudankulam an der Südspitze des Subkontinents, wo sich seit 2001 zwei Reaktoren im Bau befinden; die Inbetriebnahme des zweiten steht kurz bevor, der Widerstand ist heftig. Und in Jaitapur, 350 km südlich von Mumbai, wo die Regierung in Zusammenarbeit mit dem französischen Konzern „Areva“ den größten Atomkraftwerkspark der Welt errichten will: sechs „Europäische Druckwasserreaktoren“ (EPR), die zusammen einmal 9,9 Gigawatt Strom liefern sollen. Der von Areva entwickelte Reaktortyp ist wegen hunderter Sicherheitsprobleme bisher noch nirgendwo auf der Welt in Betrieb.

Atomstrom oder Fische?

Jaitapur gleicht ein wenig dem Paradies auf Erden: fruchtbare Felder, grüner Regenwald und Mangobäume erstrecken sich entlang der Steilküste. Die Gegend zählt zu den drei Zonen Indiens mit der größten Biodiversität. Die Region ist darüber hinaus stark erdbebengefährdet – zuletzt bebte die Erde im Jahr 2009. In der Umgebung Jaitapurs sieht man überall auf den Mauern der Felder, auf Tempeln, Bushaltestellen und auf den Straßen den Slogan „No nuclear – Areva go back“.

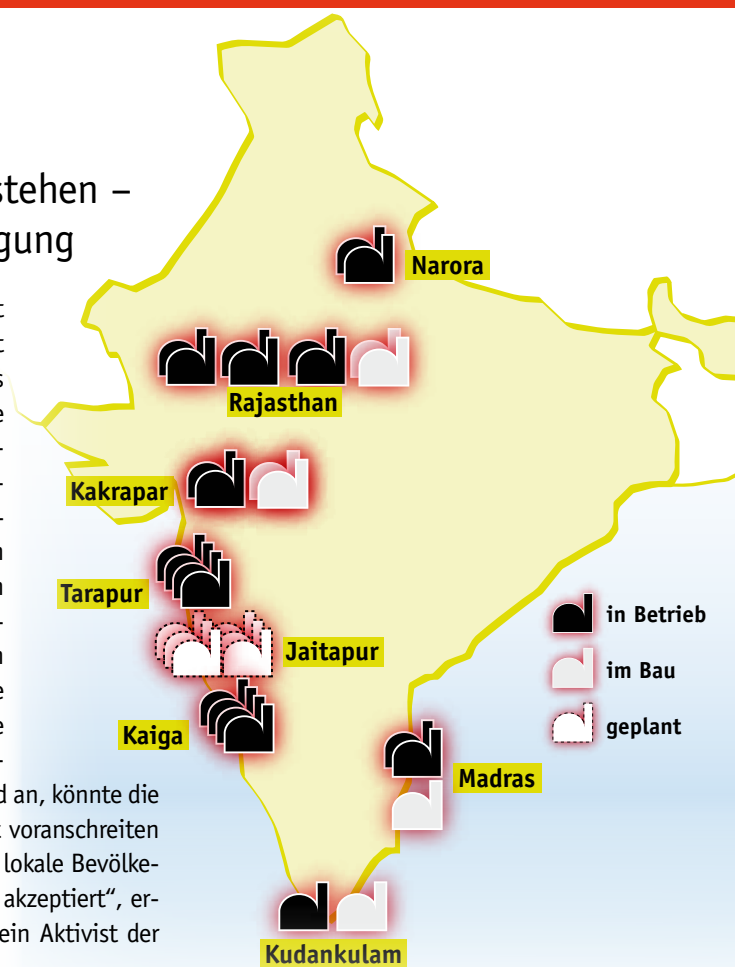
40.000 Menschen wären direkt oder indirekt von dem AKW-Komplex betroffen. Das ins Meer zurückfließende Kühlwasser hätte desaströse Auswirkungen auf die Fischgründe, die Fischer müssten ihre Arbeit aufgeben oder umsiedeln. Vorsorglich hat die Regierung das Land, auf dem das AKW gebaut werden soll – eine kleine Halbinsel – schon mal konfisziert, mit einer Mauer umzäunt und lässt es von

PolizistInnen permanent bewachen. Hauptelement des Widerstands ist, dass die AnwohnerInnen die angebotenen Entschädigungszahlungen aus Protest nicht annehmen. Velerorts suchen deshalb nun bis zu einmal wöchentlich BeamtenInnen und PolizistInnen die Menschen in ihren Häusern auf, um sie zu „überreden“. „Fällt eine kritische Masse der Bewohner um und nimmt das Geld an, könnte die Regierung mit dem Projekt voranschreiten und überall verbreiten, die lokale Bevölkerung habe das Projekt nun akzeptiert“, erklärt Rajendra Fatarpekar, ein Aktivist der ersten Stunde.

Kolonialgesetze gegen den Protest

Wegen des geplanten AKW herrscht momentan sozusagen Ausnahmezustand in der Region. Die Regierung wendet dabei ein Gesetz aus der Kolonialzeit an, das für Bürgerkriegssituationen gedacht war und jede Ansammlung von mehr als drei Personen verbietet. Seit den letzten großen Anti-Atom-Protesten gab es über 10.000 Anklagen. Mehrere Hundert AktivistInnen haben Tage oder gar Wochen in U-Haft verbracht. Die EinwohnerInnen durften für mehrere Tage ihre Häuser nicht verlassen. AktivistInnen aus Mumbai haben Einreiseverbot in die Region.

Warum diese scharfen Reaktionen? Atomkraft ist für den indischen Staat seit den 1950er Jahren ein zentrales Projekt, die gesamte Elite unterstützt – mit ganz wenigen Ausnahmen – das Atomprogramm. Zivile und militärische Nutzung waren immer eng verknüpft. Die Atomenergiebehörde untersteht direkt dem Premierminister und ist jeder öffentlichen oder parlamentarischen Kontrolle entzogen. Die Regierung selbst ist Betreiber aller Atomforschungszentren wie AKW. Unabhängige Studien und kritische Stimmen in der Öffentlichkeit sind rar.



Auf den indischen Atombombentest 1998 reagierten westliche Staaten mit einer Blockade gegen das zivile Atomprogramm. 2008 hob die US-Regierung diese jedoch aus geopolitischen Erwägungen wieder auf. Seitdem plant Delhi, nukleare Technologie im großen Stil zu importieren – sehr zur Freude der Atomindustrie in den USA, Frankreich und Russland. Die massive Unterdrückung der Anti-Atom-Bewegung rührt mit her von dieser immensen politisch-ökonomisch-militärischen Bedeutung der Atomenergie.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, meint Politikwissenschaftler Achin Vanaik aus Delhi, habe die Anti-AKW-Bewegung in Indien mittlerweile ein Stadium erreicht, das über lokale Proteste gegen einzelne Projekte hinausgehe. Sie sei zu einer Bewegung gegen Atomenergie als solche geworden. Was wir am häufigsten zu hören bekommen ist: „Macht unseren Widerstand bekannt in Deutschland“.

Anna Cavazzini, Janna Schönfeld

Die AutorInnen waren im Sommer einen Monat lang in Indien unterwegs; von Ihren Erfahrungen und der Anti-Atom-Arbeit in Indien haben sie für „ausgestrahlt“ in einem Reiseblog berichtet: www.blogs.ausgestrahlt.de

„Früher habe ich Atomkraft für ideal gehalten“

Gustav Rosa, 62, Vermessungsingenieur, organisiert mit den Montagsmahnwachen in Breisach deutsch-französischen Atomprotest nicht nur gegen das AKW Fessenheim – seit mehr als 120 Wochen

Nach Fukushima hatte die Umweltliste Breisach zwei Wochen lang jeden Tag eine Mahnwache organisiert, bis zur Landtagswahl. Dann hieß es: Wer macht weiter? Die Grünen waren müde. Also habe ich das für den SPD-Ortsverein übernommen – überparteilich natürlich. Wir haben ja das AKW Fessenheim vor der Haustür. Das endgültig abzuschalten ist unsere erste Priorität.

Anfangs hieß es: „Das halten die nicht lange durch.“ Aber wir stehen ohne Unterbrechung jeden Montag da, neulich zum 120. Mal. Im Durchschnitt kommen 20 bis 30 Leute. Manchmal organisieren wir im Anschluss Filmvorführungen oder Vorträge. Auch Ernst Ulrich von Weizsäcker war schon bei uns. Und wir werben für den Stromwechsel. Das zeigt Wirkung: Der örtliche Stromanbieter musste reagieren und sein Angebot ändern.

Regelmäßig sind auch Mitstreitende aus Frankreich bei unseren Mahnwachen dabei, das ist wichtig. Das AKW Fessenheim müssen ja die Franzosen abschalten. Wir versuchen, Druck auf die baden-württembergische Landesregierung auszuüben: Die EnBW hält 17% Anteile an Fessenheim! Da würden wir uns schon deutlichere Zeichen wünschen ...



Foto: privat

Als die deutsch-französische Brigade hier eine Parade abgehalten hat, wurde der gesamte Verkehr umgeleitet – nur damit sie uns nicht sehen. Dabei leben wir die deutsch-französische Freundschaft von unten! Wir haben viele persönliche Kontakte, sind mit Bussen zu den Menschenketten ins Rhônetal und nach Paris gefahren. Zum dritten Jahrestag von Fukushima wollen wir das ganze Rheintal mobilisieren: Menschenketten in jedem Dorf, auf französischer und deutscher Seite – das ist die Idee. Erstmals zwischen Fessenheim und Straßburg, aber vielleicht geht es ja weiter, von Basel bis Philippsburg oder gar Duisburg ...

Ich muss zugeben: Früher habe ich Atomkraft für ideal gehalten. Gedanken über Atommüll oder Sicherheit habe ich mir keine gemacht. Darum habe ich mich auch nicht gegen das AKW Wyhl engagiert. Tschernobyl hat mich wachgerüttelt. Ich habe angefangen, mich genauer zu informieren und irgendwann gemerkt: Da musst du was tun, das ist wirklich eine Sauerei. Im Moment haben wir das Problem, dass die Leute sich wieder zurücklehnen. Auch in Deutschland gibt es noch neun AKW. Wir müssen weiterhin Druck machen: Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv! www.spd-breisach.de

„Das Standortsuchgesetz lenkt uns auf falsche Fährten“

Knut Hose, 57, Zimmerer, hat mit „WiderSetzen“ im Wendland Tausenden geholfen, sich dem Castor gewaltfrei in den Weg zu setzen – und nun einen großen juristischen Sieg erstritten

Vor 37 Jahren war das nukleare Entsorgungszentrum noch in Lutterloh geplant, ich lebte damals in Uelzen. Damals schon hat ein breites Spektrum aus jungen Linken und gesetzteren Bürgern dagegen protestiert. Vor allem durch die Beteiligung von Lehrkräften der Fachhochschule Suderburg waren wir schon bald imstande, auch argumentativ gegen die Betreiber zu bestehen. Bald darauf wurde dann Gorleben als Standort benannt – genauso nah, nur in der anderen Richtung.

Der Kern von „WiderSetzen“ ist eine kleine Gruppe von Wendländern, 20 bis 30 Leute, nur informell organisiert. Jeweils einige Monate vor Castortransporten treffen wir uns, um im Konsens eine gewaltfreie Blockade vorzubereiten. Am Ende gingen dann 2010 und 2011 Hunderte vom Camp aus gemeinsam los auf die Schiene und Tausende setzen sich später dazu. Ich war bis 2010 nur „einfacher Teilnehmer“. 2010 hielt uns die Polizei nach der Räumung stundenlang in einem Kessel aus Polizeiwagen auf einem Acker fest. Im Jahr darauf bereiteten wir uns darauf vor, gegen die erwartete Einkesselung juristisch vorgehen. Wir hatten Musterklagen bei der Blockade dabei, 400 Klagen sind letztlich beim Amtsgericht angekommen. So wurde daraus eine



Foto: privat

umfangreiche Kampagne. Das Landgericht Lüneburg hat nun in letzter Instanz unter Hinweis auf den Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs gesagt: Eine Freiheitsentziehung, also auch ein „Feldgewahrsam“, ist nur zulässig, wenn es um Straftaten geht. Alleine, dass jemand eine aufgelöste Versammlung nicht verlässt, reicht dafür nicht aus. Jetzt wollen wir Schadensersatz fordern und vielleicht auch die Polizeiführung wegen Freiheitsberaubung anzeigen – damit die Polizei endlich ihr menschenrechts- und grundrechtswidriges Verhalten bei Atomtransporten unterlässt.

So ein Gerichtsbeschluss ist aber nur ein kleiner taktischer Sieg. Darüber darf unser Grundanliegen nicht in den Hintergrund treten: Die Herstellung von Atommüll zu verhindern. Auch das Standortsuchgesetz lenkt uns auf falsche Fährten. Nicht nur der Standort, sondern die Atommüllproduktion an sich ist falsch! Es wird kein sicheres Endlager geben und also auch keinen geeigneten Standort. Das müssen wir in die Debatte einbringen – dann ist es sogar sinnvoll, in die Endlager-Kommission zu gehen. Für uns jedenfalls gilt seit fast 40 Jahren: Nicht hier und auch nicht anderswo! Gorleben ist überall.

www.widersetzen.de

„Unser ‚Geigerzähler‘ war ihnen sehr unangenehm“

Manuela Lagrange, 27, Geografie-Studentin, misst mit dem „Bündnis gegen Atomkraft Leipzig“ das Gemüse auf dem Wochenmarkt aus, um zu zeigen, wie gefährlich Atomkraftwerke sind

Im Osten ist es ja etwas schwierig mit der Antiatombewegung, die ist da nicht so gewachsen wie im Westen. Das „Bündnis gegen Atomkraft Leipzig“ hat sich 2009 nach einer Endlagersuchaktion von „Campact“ gegründet. Seither haben wir unter anderem Busse zum Castor organisiert, unsere Demo zum 25. Jahrestag von Tschernobyl war die größte in ganz Ostdeutschland und zu unserer ersten Mahnwache nach Fukushima kamen 800 Leute, das war sehr beeindruckend.

Ein Freund von mir hat viel bei „x-tausendmal quer“ organisiert, so kam ich aufs Thema. 2010 habe ich die Gruppe hier im Internet gefunden und bin einfach mal hingegangen. Wir sind nur eine Handvoll Leute, zwischen 27 und 70 Jahren, aber zu Aktionen kommen deutlich mehr. 2011 sind wir zur Blockade des AKW Brokdorf gefahren. Auch im Rahmen von „Gorleben365“ hatten wir eine Blockade geplant, aber zur Infoveranstaltung kam niemand. Das ist ein bisschen deprimierend, wenn man schon relativ viel organisiert hat ...

Weil auch bei rein lokalen Aktionen die Resonanz oft nicht so groß ist, machen wir nun vor allem bei bundesweiten Sachen mit,



Foto: privat

etwa den Katastrophenschutzaktionstagen, zu denen .ausgestrahlt aufgerufen hat. Das funktioniert besser. Eine Lehrerin, die im Programmheft der Leipziger Umwelttage von unserer geplanten Aktion gelesen hat, fand die so gut, dass sie uns in ihre Klasse eingeladen hat. Wir haben erzählt, was wir vorhaben und damit bezwecken: darauf aufmerksam machen, dass ein Reaktorunfall auch Leipzig treffen kann. Die Schüler sind dann mit uns mit über den Markt gelaufen, haben „Jodtabletten“ verteilt und das Gemüse ausgemessen. Die Passanten waren zum Teil sehr irritiert, ein paar sehr interessiert, einige haben gesagt: „Geht weg!“

Vor allem die Besitzer der Marktstände wollten nicht, dass wir an ihrer Ware Messungen vornehmen. Unser „Geigerzähler“, ein Handy mit Drähten dran, das Geräusche gemacht hat, war ihnen doch sehr unangenehm. Wir haben den Eindruck, dass viele glauben, dass 2022 die letzten AKW vom Netz gehen und sie nichts mehr dafür tun müssen. Wir sagen aber: Das ist uns zu spät! Denn wenn morgen was passiert, nützt es uns doch nichts, wenn das AKW 2022 abgeschaltet wird! Und in Temelin sollen sogar noch neue Reaktoren gebaut werden ...

antiatom.wordpress.com

„Wir haben nur geklatscht“

Frank Linke, 60, Landwirt in Rente, bringt mit „Bure Zone Libre“ die Anhörungen zum geplanten französischen Endlager in Lothringen durch viel Applaus gleich reihenweise zum Platzen

„Bure Zone libre“ ist eine von über 40 Gruppen, die gegen das Untertage-Lager und geplante Endlager im lothringischen Bure kämpfen. Ab 2025 sollen dort 100.000 Kubikmeter hoch- und mittleradioaktive Abfälle eingelagert werden. Aktuell läuft die öffentliche Anhörung („débat public“). 2006 haben wir da noch aktiv mitgemacht. Aber das ist 'ne Farce: Man kann was sagen, aber es ändert nichts. Deshalb haben wir beschlossen, das Verfahren diesmal zu boykottieren. Wir sind vor den Saal in Bure gezogen, mit 150 Leuten, haben draußen und drinnen mit Musik und Buhrufen und Beifallklatschen so viel Lärm gemacht, dass sie die Sitzung nach zehn Minuten erst vertagt und dann abgesagt haben, ebenso zwei bis drei Termine in Nachbarorten. In Bar le Duc haben sie's nochmal versucht. Da waren wir über 200 und haben wieder geklatscht, bis sie nach einer Stunde aufgegeben haben. Und die Polizei konnte nix machen – wir haben ja nur geklatscht!

Daraufhin haben sie die Veranstaltungen nur noch ganz lokal angekündigt. Aber über unsere 600 Mitglieder haben wir natürlich trotzdem davon erfahren. Ein Termin war so geheim, dass vom Dorf selbst überhaupt niemand erschienen ist: Die Kommission saß ganz



Foto: privat

alleine da, nur wir standen davor. In Bonnet saßen wir vorm Eingang. Als die Kommission eintraf, rief sie die Polizei. „Wollt ihr die nicht reinlassen?“ – „Nee, wir blockieren heute.“ Da sind die wieder abgezogen.

Die Presse hat letztenendes auch kapiert, dass diese Anhörungen nur Scheindemokratie sind. Wir haben schon vor Jahren 60.000 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt; Kopien davon haben wir der Kommission überreicht, um deutlich zu machen: Ihr zeigt der öffentlichen Meinung nicht Rechnung. Die Bevölkerung hat das positiv honoriert, auch die entdeckt, dass sie verarscht wurde. Unser Anwalt prüft gerade, ob die „débat public“ überhaupt noch anerkannt werden kann für das Verfahren. Und wir werden weiter aufklären. Wir haben viele Wissenschaftler, die sagen, die unterirdische Lagerung hier ist nicht sicher. Die Regierung braucht aber dringend ein Endlager, weil die ganzen Zwischenlager ziemlich voll sind und es außerdem nicht so günstig ist, wenn man neue AKW bauen und exportieren will und selbst keine Lösung für den Müll hat.

burezoneblog.over-blog.com

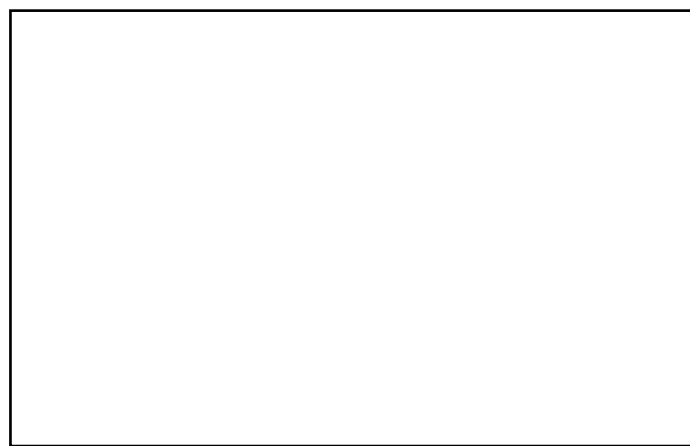
antiatomnetz.blog.de

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
Nr. 2009306400
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Anna Cavazzini, Armin Simon, Carolin Franta, Christiane Knoppe, Janna Schönfeld, Matthias Weyland, Pauline Geyer | Layout: www.holgermueller.de
Druck: Vettors, Radeburg. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 50.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay
(Der Postauflage im Inland liegt ein Werbeprospekt der Juwi invest GmbH bei.)



Immer lebendiger

Das geht in den .ausgestrahlt-Blogs

Zahl und Frequenz der Blog-Beiträge auf www.blogs.ausgestrahlt.de hat in den vergangenen Wochen deutlich zugenommen. Mit am regsten zu geht es derzeit im Energiewende-Blog. Schreien die Atomkonzerne, ihre AKW seien nicht mehr wirtschaftlich, findet sich hier ein Kommentar. Überprüft Robin Wood die Ökostromanbieter, fassen wir das Ergebnis zusammen, ebenso die Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) zu den milliarden-

schweren Subventionen für Atom- und Kohlekraftwerke. Wir zeigen, wie AKW und Braunkohlekraftwerke die Energiewende behindern. Und decken auf, wie die Europäische Investitionsbank Subventionen für den Neubau von Atomkraftwerken ermöglichen will.

Im Fukushima-Blog geht es um die Unmengen radioaktiven Wassers, die aus den havarierten Meilern ins Meer sickern. Und wenn das Bundesamt für Strahlenschutz, wie neulich geschehen, heimlich

beginnt, den Zugang zu Atommüllkammern in der Asse zu verfüllen, deren Müll eigentlich geborgen werden soll, so steht das kurz darauf im Atommüll-Blog. Der „Bewegungsmelder“ weist auf Aktionen anderer Anti-Atom-Initiativen hin. Und auch die Bundestagswahl begleiten wir – atompolitisch – mit einem eigenen Themenstrang. Alle Blogs kannst du auch per E-Mail oder RSS-Feed abonnieren. Schau doch mal rein:

www.blogs.ausgestrahlt.de

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab sofort wieder Platz für PraktikantInnen für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein.

www.ausgestrahlt.de/praktikum

.ausgestrahlt braucht FörderInnen

1.771 Förderer und Förderinnen spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! Wenn auch Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen möchtest, klick auf www.ausgestrahlt.de/foerderer

Regionalkontakt gesucht?

Auf www.ausgestrahlt.de/regional findest Du Adressen von Gruppen, die gegen Atomenergie aktiv sind und die mit .ausgestrahlt zusammenarbeiten. Dort stehen auch Termine regionaler Anti-Atom-Aktionen. Du kannst Eure Termine dort veröffentlichen.

Unterstützung für Anti-Atom-Inis

Ob zur Aktionsplanung oder für Gruppenprozesse: .ausgestrahlt vermittelt eurer Gruppe erfahrene TrainerInnen und ModeratorInnen. Willst Du eine neue Gruppe gründen, bieten wir Dir an, per E-Mail an Adressen in der Region eine Einladung zu verschicken.

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt abonnieren.

Neues von .ausgestrahlt

Ein kurzer Überblick über das Kommen und Gehen im .ausgestrahlt-Team



Carolin Franta, Jahrgang 1967, ist Politologin, gelernte PR-Frau und Veranstaltungsplannerin. Sie hat viele Jahre bei Attac gearbeitet und war ehrenamtlich für die Initiative WasserInBürgerhand tätig. Auch gegen Atomkraft ist sie seit langem aktiv: Von Wackersdorf bis zur Karlsruher Nachtanzblockade war sie immer mit dabei. Seit Mai unterstützt sie den Kampagnenbereich bei .ausgestrahlt und pflegt künftig auch die Kontakte zu den vielen Anti-Atom-Initiativen überall im Land.

Elina Schick und Jacob Fricke haben .ausgestrahlt im Mai verlassen. **Jürgen Fahrenkrug** arbeitet seit Juni nicht mehr im .ausgestrahlt-Büro.

